

# Aufarbeitung der Beraubung der jüdischen Bevölkerung in Bremen

## Strategiepapier Projekt Erinnerungsarbeit

19. Februar 2018

### Vorbemerkung

Die Bremische Bürgerschaft hat sich am 8. November 2016 zur Drs. 19/401 S dafür ausgesprochen, „dass Bremen mit dem Bau eines „Arisierungs“-Mahnmals an die Beraubung der vertriebenen und ermordeten Jüdinnen und Juden erinnert und dabei die besondere Rolle unserer Stadt, ihrer Institutionen und Unternehmen benennt, aber auch die zahlreiche Beteiligung der privaten Profiteure in der Bevölkerung“.

Um diesem Projekt durch konkrete Erinnerungsarbeit ein Fundament im Bewusstsein der Stadt zu geben, haben der Senator für Kultur, die Handelskammer Bremen – IHK für Bremen und Bremerhaven, die Unternehmensverbände im Lande Bremen e.V., die Familienunternehmer und der Verein Bremer Spediteure e.V. als Erstunterzeichner folgende Absichtserklärung abgegeben:

„Die Unterzeichner vereinbaren, in Zusammenarbeit mit dem Senator für Kultur und weiteren geeigneten Fachbereichen, dem Staatsarchiv und Akteuren der Zivilgesellschaft, Initiativen zu entwickeln, die geeignet sind zu einer vertieften inhaltlichen Auseinandersetzung mit dem Ziel, die Rolle der Stadt Bremen und die Verantwortung ihrer Unternehmen, Institutionen und Bürger und Bürgerinnen bei der Vernichtung der wirtschaftlichen Existenz der vertriebenen und ermordeten jüdischen Bevölkerung in Europa aufzuarbeiten.“

Eine Arbeitsgruppe, bestehend aus Frau Elvira Noa und Herrn Dr. Grigorij Pantijelew für die Jüdische Gemeinde, Herr Dr. Matthias Fonger für die Handelskammer, Herrn Bernd Hockemeyer als Ehrenbürger Bremens sowie Staatsrätin Carmen Emigholz für den Senator für Kultur unterbreiten auf dieser Grundlage den im folgenden skizzierten Vorschlag für eine mit Blick auf die Zukunft angelegte Erinnerungsarbeit.

Der Vorschlag zur Erinnerungsarbeit beruht auf zwei Arbeitsfeldern:

- Teil 1: Einem ständigen Forum unter der Schirmherrschaft des Präsidenten der Bremischen Bürgerschaft
- Teil 2: Konkretes kulturpädagogisches Aufarbeitungsprojekt

Hinzu tritt als drittes Projekt die Realisierung des Mahnmals auf Grundlage des Entwurf von Frau Oettingshausen im Stufenbauwerk an der Schlachte.

Die Handelskammer ist bereit, sich in beide Arbeitsfelder aktiv mit einzubringen und an der Aufarbeitung - auch mit eigenen Personalressourcen - im Rahmen ihrer Möglichkeiten mitzuwirken. Die weiteren Unterzeichner der Absichtserklärung sowie andere Teilnehmer/innen an dem Prozess der Erinnerungsarbeit sollen ebenfalls zur Unterstützung und Mitwirkung die beiden Arbeitsfelder gewonnen werden.

## **Teil 1: Ständiges Forum unter der Schirmherrschaft des Präsidenten der Bremischen Bürgerschaft**

Ohne Erinnerungsarbeit ist es nicht möglich, Verständnis für das Leiden der Menschen aufzubringen, die unter Enteignung, Vertreibung, Terror, Krieg heute zu leiden haben. So hat die Erinnerungsarbeit eine wichtige Ausstrahlung auf die Erziehung und Bildung quer über die Generationen und sozialen Schichten. Erinnerungsarbeit muss dabei aufzeigen, wer Verantwortung getragen hat, und dies schließt Politik, Unternehmen, Verwaltung und Profiteure ein.

Wirtschaft, Politik, Verwaltung und Vertreter/innen verschiedener gesellschaftlicher Strömungen sowie einzelne Bürger/innen zusammenzubringen, um in einem Dialog auf Augenhöhe gemeinsam die Lehren aus der Vergangenheit für die Gegenwart und Zukunft zu ziehen, Begegnung und Austausch über Gedenktage hinaus zu ermöglichen und ein Wir-Gefühl gegen Separierung und Ausgrenzung zu begründen, soll die Aufgabe des ständigen Forums sein.

Unter der Schirmherrschaft des Präsidenten der Bremischen Bürgerschaft sollen z.B. zweimal im Jahr Themen der Erinnerungsarbeit besprochen werden. Grundlage dafür soll eine schriftliche Vereinbarung zwischen der Bremischen Bürgerschaft und dem Senator für Kultur sein, die diesem Vorhaben Dauerhaftigkeit verleiht. Das Forum soll Anregungen für weitere Aufgaben und für konkrete Projekte der Erinnerungsarbeit leisten und Ort der Vernetzung der verschiedenen Interessierten sein. Durch seine Öffentlichkeit soll das Forum Interesse an der Mitwirkung an der Erinnerungsarbeit wecken und eine Vorbildwirkung in die Gesellschaft hinein haben.

Die Teilnehmer/innen für die Gründungsphase des Forums sollen durch die Arbeitsgruppe gemeinsam mit dem Präsidenten der Bremischen Bürgerschaft ausgewählt werden. Das Forum soll stets für weitere Interessierte offen sein. Auch alle im weiteren Prozess hinzukommenden Teilnehmer/innen des Forums sollen sich verpflichten, diese Idee der stadtübergreifenden Erinnerungsarbeit zu begleiten und zu unterstützen.

Alle erinnerungspolitischen Themen – wie zum Beispiel auch die sogenannte „Arisierung“ – können in dem Forum, auch mit Gästen aus Wissenschaft, Politik, Wirtschaft, Religionsgemeinschaften und Gesellschaft – konkret beleuchtet werden. Das Forum achtet dabei darauf, der Spaltung der Stadtgesellschaft entgegenzuwirken.

Im Vordergrund soll die Befreiung von Be- und Verschweigungs-Tendenzen stehen, eine Bereitschaft und Fähigkeit zum offenen Diskurs, eine Akzeptanz der tatsächlichen Vergangenheit. Das Ansprechen und Benennen dieser Fakten darf nicht als „Stigmatisierung“ verstanden oder zurückgewiesen werden. Zu dieser Arbeit gehört auch eine langfristig ausgelegte Aufklärung über das Judentum in Geschichte und Gegenwart, über die jüdische Religion und Tradition und über die jüdische Selbstbehauptung bis hin zu Staat Israel.

## **Teil 2: Konkretes kulturpädagogische Aufarbeitungsprojekte**

Die jüdische Geschichte und Gegenwart und die Selbstbehauptung der Juden in der Geschichte unabhängig von Tagespolitik sind beispielgebend gegen Rassismus, gegen Ausgrenzung und Stigmatisierung auch anderer Gruppen in der Gesellschaft. Gerade dieses Thema ist ein besonders wichtiges Mittel, um Vorurteile abzubauen, und sollte daher die Grundlage für ein konkretes kulturpädagogisches Aufarbeitungsprojekt sein. Dabei soll vor allem eine Ausrichtung auf die Jugend Bremens dem Ziel dienen, ein Vorbild im Umgang mit den erinnerungspolitischen Themen zu geben.

Im Zusammenhang mit dem geplanten Mahnmal zur Erinnerung an die Beraubung der jüdischen Bevölkerung in Bremen muss es daher in dem konkreten kulturpädagogischen Aufarbeitungsprojekt darum gehen, insbesondere die junge Generation mit der Zielsetzung zu informieren, derartiges Unrecht niemals wieder geschehen zu lassen. Die Aufarbeitung der Historie sollte somit vor dem Hintergrund einer Vermittlungsaufgabe an die junge Generation gesehen werden. Dazu ist es notwendig, die Verantwortungsketten zu erforschen und aufzuzeigen, die zu diesem schrecklichen Unrecht geführt haben. Hierzu hat das Staatsarchiv Bremen eine Projektskizze erarbeitet.

Aus dieser Erkenntnis sollte sich für junge Menschen ableiten lassen, was heute getan werden muss, damit allen Entwicklungen Einhalt geboten wird, die möglicherweise erneut in eine vergleichbare Richtung gehen würden. Dazu ist ein aktiver Dialog mit den jungen Menschen erforderlich. Das Erforschen und Aufzeigen historischer Fakten ist dabei sehr wichtig, reicht allein aber nicht aus. Entsprechend müssten in das Projekt auch kulturpädagogische Experten mit einbezogen werden, die die Vermittlung dieser Erkenntnisse an die junge Generation begleiten.

Eine allumfassende Information über die Shoa in Bremen ist die Grundlage für die konkrete Erinnerungsarbeit, die auf die Jugend Bremens und insoweit auch auf den schulischen und hochschulischen Gebrauch abzielt. Notwendig sind Erforschung und Verbreitung der Publikationen in allen analogen und digitalen Formen, schriftlich sowie auch im Internet, und auch die Gestaltung der städtischen öffentlichen Räume sowie mediale Begleitung. Zur Erinnerungsarbeit gehört auch die Unterstützung der integrativen Arbeit mit Flüchtlingen und Migranten insbesondere aus den israel- und judenfeindlichen Regionen, um deren Einleben in die Demokratie zu sichern.

In dieses konkrete kulturpädagogische Aufarbeitungsprojekt sind neben dem Senator für Kultur mit dem Staatsarchiv auch die weiteren zuständigen Senatsressorts einzubeziehen, vor allem die Senatorin für Kinder und Bildung mit der Landeszentrale für politische Bildung und die Senatorin für Soziales, Jugend, Frauen und Sport. Sehr wichtig ist die Unterstützung der Erziehungsarbeit der Jüdischen Gemeinde und des Jugendzentrums der Jüdischen Gemeinde. Die Identität der jüdischen Jugendlichen soll dadurch gestärkt und ihnen ein leichter Umgang mit den Jugendlichen in der Stadt zu ermöglicht werden, um freundschaftliche Kontakte zu fördern. Das Ziel dabei ist, gemeinsam gegen Antisemitismus und Fremdenfeindlichkeit vorgehen zu können.